

## Protokoll über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses

---

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 03.05.2023  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:37 Uhr  
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),  
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

### **Anwesend:**

#### Vorsitzende

Beigeordnete Waltraud Friedemann

#### stellvertretender Vorsitzender

Ratsherr Lukas Lohmann

#### Mitglied

Ratsherr Paul Bieder

Ratsfrau Nadine Fischbock

Ratsherr Dr. Volker Grasemann

Ratsherr Jörg Schaper Zoom

Ratsherr Christian Voit

Ratsherr Dirk Dräger Zoom

Ratsherr Guido Franke

#### Bürgerdeputierter

Herr Dr. Volker Bullwinkel Zoom

#### Bürgerdeputierte

Frau Jutta Eilert

Frau Nadine Meier bis 19:33 Uhr

#### Bürgerdeputierter

Herr Kai Friedemann

### **Abwesend:**

#### Bürgerdeputierte

Frau Anna Clausnitzer

#### Von der Verwaltung

Bürgermeister Bernd Beushausen (bis 18:10 Uhr)

Frau Dr. Sonja Granzow

Frau Jennifer Holzgreve

Herr Aaron Voß

Frau Ina Lechel Zoom

Frau Scarlett Springmann Protokollführerin

#### Presse

Herr Linkersdörfer (AZ)

## Öffentlicher Teil

### **1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Jugend- und Sozialausschusses sowie der Tagesordnung**

Frau Friedemann eröffnet als Vorsitzende die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter der Alfelder Zeitung, die Zuhörer sowie die Vertreter des Jugendparlamentes Frau Paulsen und Frau Harmgardt, des Jugendmobils Frau Nacci und Herrn Lingner und der Kita St. Nicolai Herrn Handelmann und Herrn Heinicke. Anschließend stellt sie die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses und die Tagesordnung fest.

### **2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses am 16.02.2023**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

### **3. Bericht über die aktuelle Flüchtlingslage**

Herr Beushausen berichtet, dass in der Willi-Nikulka-Halle 73 Weltflüchtlinge untergebracht sind, wobei er den Begriff Weltflüchtlinge kritisch sieht.

Die Lage im Landkreis Hildesheim ist weiterhin angespannt. Bis zum 01. Juli diesen Jahres sollen über 1.500 Flüchtlinge im Landkreis Hildesheim eintreffen, ca. 800 sind es jetzt in Alfeld. Über 1.000 könnten es Ende des Jahres sein. Die Flüchtlingszahlen steigen und das nicht nur aus der Ukraine. Zwischen Flüchtlingen nach dem SGB II und dem AsylbLG sollte dabei nicht unterschieden werden. Alle müssen versorgt werden und einen geschützten Raum gestellt bekommen. Die Halle ist dafür nicht ausreichend. Es handelt sich nur um eine Notunterkunft, eine feste Sammelunterkunft gibt es nicht.

Der Landkreis hat sich nun auf den Weg gemacht, in Lamspringe in der ehemaligen Realschule eine solche einzurichten. Die Integration der Flüchtlinge ist entscheidend und der Ausschuss trägt mit, dass diese Leistungen zur Verfügung stehen. In 2024 soll es daher weiterhin Personal in dem Bereich von Frau Holzgreve geben.

Die Willi-Nikulka-Halle soll bis zu max. 18 Monaten für die Flüchtlinge verwendet werden.

Herr Beushausen zeigt auf, wie schwierig es auch für die Schulrat-Habermalz-Schule ist, auf die Sporthalle verzichten zu müssen, zumal die Schule diese schon zu Zeiten der Corona-Pandemie als Impfzentrum hergeben mussten. Die Kommunikation mit der Schulleitung, den Elternvertretern und dem Landkreis ist besonders wichtig, um Alternativen zu schaffen.

Frau Friedemann dankt für die Ausführungen und fragt, was für die Schüler getan wird, wenn die Flächen weiterhin nicht zur Verfügung stehen.

Sie berichtet aber auch, dass im Haushalt des Landkreises 10.000 € für das Projekt „Mobilität selber machen“ veranschlagt sind. Dafür soll ein Klassensatz Fahrräder bestellt werden. Dieser Beschluss ist durch den Schulausschuss gegangen und mit großer Mehrheit im Kreistag genehmigt worden. Die Hauptschule ist die einzige Schule in Trägerschaft des Landkreises, die eine solche Förderung erfährt und auch das Projekt ist einzigartig. Die Zahlen sind erschreckend, wie wenig Schüler ein Fahrrad besitzen.

### **4. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

## 5. Vorstellung des Jugendparlaments

Frau Paulsen begrüßt die Anwesenden und stellt sich kurz vor. Sie arbeitet als Sozialpädagogin beim Landkreis Hildesheim und ist seit zwei Jahren für das Jugendparlament (JuPa) zuständig. Frau Harmgardt unterstützt Frau Paulsen während ihres Anerkennungsjahres. Die drei gewählten Jugendlichen des Jugendparlamentes für Alfeld lassen sich aufgrund von Schichtarbeit, Fußballtraining und Krankheit entschuldigen.

Frau Paulsen stellt die Kinder- und Jugendpartizipation am Beispiel des „JuPa Hildesheim“ mit einer PowerPoint vor. Sie erklärt, dass der Begriff Partizipation aus dem Lateinischen kommt und „Teil“ sowie „nehmen“ bedeutet. Im Oktober 2019 gab es den Kreistagsbeschluss für das JuPa. Für dieses gibt es eine halbe sozialpädagogische Stelle und ein Budget. Rechtsgrundlage sind die UN Kinderrechtskonvention und § 36 NKomVG. Die Geschäftsordnung dient als Konzept und wurde mit den Jugendlichen erarbeitet. Die rechtliche Verankerung landkreisweit war anfangs offen. Es war nicht klar, welches Mandat die Jugendlichen eigentlich bekommen sollen. Die Wahl des JuPa fand vom 13. bis 26.06.2022 digital statt. Briefe wurden mit einem QR Code verschickt. Wahlberechtigt waren 34.600 Personen zwischen 10 und 22 Jahren. 66 ließen sich aufstellen, 24 wurden gewählt, die auch einen Vertreter erhielten. Im September 2022 fand dann die konstituierende Sitzung statt.

Frau Paulsen erklärt, dass sie hauptsächlich die Rahmenbedingungen für das Jugendparlament schafft. Die Jugendgruppen müssen begleitet und gefestigt werden. Die Politik und die Verwaltung müssen eingebunden, eine partizipative Haltung entwickeln, Beteiligungsformen, vielseitige Projekte und Öffentlichkeitsarbeit betreiben und Eltern mitgenommen werden. Onlineabstimmungen finden statt, es gibt Zeitungsartikel und zudem wurde ein kleiner Werbefilm mit den Jugendlichen entwickelt, der es ins Kino als Vorschau schaffte.

Kommunalpolitik muss erklärt werden, Netzwerke müssen mit Schulen, Jugendpflegen, angrenzenden Jugendparlamenten sowie Fachkräften für den Informations- und Erfahrungsaustausch betrieben werden.

Frau Paulsen berichtet auch von Stolpersteinen. Auch für sie war diese Arbeit Neuland. Es gibt nur 15 landkreisweite JuPas und ungefähr 300 in Gemeinden/Städten, was nicht vergleichbar ist. Es ist schwierig 34.000 junge Menschen zu erreichen. Auch ist das JuPa an sich recht groß und schwer zusammen zubekommen. Die Rechte, die den Jugendlichen seitens der Politik in der Kreispolitik eingeräumt werden sollten, waren anfangs nicht klar und mussten kommuniziert und aufeinander abgestimmt werden. Hinzu kam die Schwierigkeit auf Landkreisebene die Selbstwirksamkeit für die Jugendliche herauszuarbeiten, d.h. Jugendliche sollen auch einen Nutzen ihrer ehrenamtlichen Arbeit auf politischer Ebene erkennen und erfahren. Es fehlen vielfältige Beteiligungsformate und jugendgemäße Arbeitsformen auf Ebene der einzelnen Gemeinden. Das Budget ist begrenzt und nicht einfach sowie flexibel verfügbar. Moderatorenausbildungen fehlen. Politik und Verwaltung müssen sensibilisiert werden. Zu den Qualitätsmerkmalen von Jugendbeteiligung (DKHW, BMFSJ) gehören die strukturelle Verankerung, wie z.B. in einem Ratsbeschluss, und die Umsetzung von vielseitigen Beteiligungsformaten. Als Beispiel konnten die Anwesenden des Jugend- und Sozialausschusses einen QR Code scannen und über padlet.com das Ziel einer Jugendbeteiligung in Alfeld veröffentlichen. Das Ergebnis soll an Frau Holzgreve gehen. Das Format zeigt, dass die Personen ohne Handy ausgeschlossen sind.

Frau Paulsen bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Frau Friedemann bedankt sich und hat sich gut mitgenommen gefühlt. Ihrer Meinung nach müssen Jüngere in Alfeld gewonnen und ihre Wünsche herausgefunden werden. Die Frage ist, wie man das bei einer Größenordnung von Alfeld hinbekommt.

Herr Dr. Grasemann bedankt sich für die Ausführungen und fragt nach der Legislaturperiode sowie den Befugnissen.

Frau Paulsen berichtet, dass die Legislaturperiode zwei Jahre beträgt und bis Mai 2024 geht. In sechs von acht Ausschüssen haben die Jugendlichen Antrags- und Rederecht, aber kein Stimmrecht.

Frau Friedemann ergänzt, dass im Jugendhilfeausschuss zwei beratende Sitze dem Stadtjugendring bzw. dem Kreisjugendring gehören.

Laut Herrn Franke wollte Mattis Glade lediglich einen jugendlichen Bürgerdeputierten im Alter von 16-20 Jahren im Jugend- und Sozialausschuss vertreten sehen. Seiner Meinung nach würde das auch reichen.

Frau Friedemann erklärt, dass es schwierig ist, diesen jungen Menschen zu benennen, weil keine Wahl stattfand. Daher sollte jemand aus dem JuPa Hildesheim gewonnen werden. Jüngere sollen auch in Alfeld eingebunden werden, nicht nur auf gehobener Kreisebene.

Frau Dr. Granzow erklärt, dass es sehr komplex und aufwendig ist Jugendbeteiligung zu etablieren. Es ist nicht allein damit getan, einen Jugendlichen in den Ausschuss zu setzen. Jugendbeteiligung muss sich auch an den Interessen der Jugendlichen ausrichten. Die Politik muss sich fragen, wie man die Jugend einbinden möchte und welches Angebot man den Jugendlichen hierzu unterbreiten möchte. Das ganze Vorhaben muss sich an einem Ziel/einem Ergebnis ausrichten. Die Frage ist, was die Jugendlichen berührt. Die Vertreter des JuPa des Landkreises Hildesheim sind für Hildesheim gewählt worden. Fraglich ist, ob die Interessen und das Angebot der Kommunalpolitik einfach eins zu eins übertragbar sind.

Herr Franke sagt, dass die Stadt nach dem NKmVG gezwungen ist, die Jugendlichen zu beteiligen. Laut ihm kann man die Jugendlichen wie die Gleichstellungsbeauftragte in alle Ausschüsse einbringen.

Frau Friedemann sieht eine Beteiligung, wenn die Interessen berührt werden, wie z.B. beim Spielplatz in Eimsen.

Frau Fischbock geht darauf ein, dass es sich um einen Ratsbeschluss von vor 1,5 Jahren handelt und fragt, ob die rechtlichen Grundlagen vorliegen und wie Jugendliche vorgeschlagen werden können.

Frau Dr. Granzow erklärt, dass die Jugendlichen Interesse haben müssen. Sie können von Jugendverbänden, wie dem DRK und der AWO, dem Ausschuss vorgeschlagen werden.

Frau Holzgreve erklärt noch einmal, dass der gesamte Landkreis das JuPa Hildesheim wählte und Frau Paulsen ergänzt, dass die Alfelder aber nur Alfelder wählen konnten, es also Wahlbezirke gab.

Frau Friedemann äußert auch rechtliche Bedenken. Ein Verband muss den Vorschlag unterbreiten.

Herr Dr. Grasemann sieht zwei Probleme. Jugendlichen müssen gefunden werden und es muss ein Budget zur Begleitung des Prozesses der Jugendbeteiligung geben, sonst fehlt es irgendwann an Interesse.

Frau Paulsen weist auch auf die Diversität hin. Manche sind noch in der Schule, andere arbeiten oder studieren bereits und wieder andere machen nichts. Es darf nicht zu aufwendig

sein. In Algermissen gilt „Wer kommt, kommt.“ Durch die Jugendbeteiligung soll deutlich werden, was in den einzelnen Gemeinden passiert, nicht nur im Landkreis.

Herr Lohmann fragt nach der Wahlbeteiligung.

Frau Paulsen beantwortet diese mit einer Wahlbeteiligung von unter 2 %.

Frau Friedemann hat damit gerechnet, dass die Schulen die Wahl mehr unterstützen, aber im Politikunterricht wurde diese kaum thematisiert.

Frau Fischbock findet, dass zu viel geredet und zu wenig gemacht wird. Sie bittet darum, die Jugendbeteiligung noch einmal zu überdenken, vielleicht in einer anderen Form, und den Ratsbeschluss ggf. aufzuheben.

Frau Dr. Granzow erklärt, dass es verschiedene Formen der Jugendbeteiligung gibt. Jugendliche müssen gefragt werden.

Herr Voit bedankt sich für das Engagement von Frau Paulsen und sieht es als Fulltimejob. Die Stadt ist dafür nicht bereit, das Personal fehlt. Zuhörer und interessierte BürgerInnen fehlen im Ausschuss, auch beim Thema „Treff“. Es fehlt an Feedback und es gibt eine Vielzahl von anderen Problemen, wie bspw. die Flüchtlingssituation, die vorrangig zu bewältigen sind.

Frau Holzgreve bedankt sich bei Frau Paulsen für die Unterstützung und weist auf andere Beteiligungsformate wie bspw. „Pimp your town“ hin.

Herr Voß stellt den Verein „Politik zum Anfassen e.V.“ vor, der Kindern und Jugendlichen Lust auf Demokratie machen vermitteln will. Das Projekt „Pimp your town“ gibt es seit 2009 in Hannover. Für Schulklassen wird es dreitägig zum Thema „Parlamentarische Demokratie für Schüler mit Kommunalpolitikern“ angeboten. Es handelt es sich um ein Planspiel mit mehreren Ausschüssen, in dem die Schüler u.a. Anfragen stellen, Presseveröffentlichungen vorbereiten und Anträge an die Politik verfassen lernen.

Frau Friedemann findet das Projekt spannend und fragt nach der Organisation und den Kosten.

Frau Holzgreve erklärt, dass durch Jugendbeteiligung viele Themen eröffnet werden können kann und diese auch begleitet werden müssen. Dafür gibt es auf kommunaler Ebene aber keine Personalressourcen. Um eine gut begleitete Jugendbeteiligung auf politischer Ebene in den Ausschuss-Sitzungen durchführen zu können, muss man sich daher durch Profis wie bspw. der Angebotsstruktur von Politik zum Anfassen e.V. Unterstützung einkaufen. Dadurch können erste Schritte zu einer Jugendbeteiligung in der politischen Ausschussarbeit eingeleitet werden.

Frau Friedemann möchte der Verwaltung den Auftrag erteilen, ein Angebot über Hannovers „Politik zum Anfassen e.V.“ einzuholen.

Herr Franke fordert nochmal eine separate Sitzung, weil das Thema zu lang ist.

Frau Friedemann dankt für die Debatte und erklärt, dass es eine separate Sitzung vor den Sommerferien geben wird und der Arbeitsauftrag an die Verwaltung erteilt wird, ein Angebot einzuholen, um weitere Möglichkeiten der Jugendbeteiligung zu finden.

## 6. Vorstellung des Jugendmobils

Das Jugendmobil „Junge Menschen mobil beraten = jumo“ wird von Frau Nacci und Herrn Lingner vorgestellt. Es handelt sich um ein stiftungsgefördertes Modellprojekt zwischen der Jugendhilfe Bockenem, prokids, Cluster e.V., Cluster Jugendhilfe und der Uni Hildesheim. Diese

begleitet es wissenschaftlich und evaluiert es. Zwei pädagogische Fachkräfte mit insgesamt 50 Stunden wöchentlich sind in dem Projekt tätig. Sie beraten in einem umgebauten Wohnmobil junge Menschen. Dabei handelt es sich um ein niederschwelliges, aufsuchendes und bedürfnisorientiertes Angebot. Das Wohnmobil ist dafür bald fertig ausgestattet, damit die Jugendlichen vor Ort bspw. nach Stellenangeboten recherchieren, Bewerbungen schreiben und das WLAN nutzen können. Auch Snacks werden angeboten. Das Angebot richtet sich an Jugendliche von 16 bis 26 Jahren, an Care leaver, also insbesondere an junge Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, die problembelastete Migrationsgeschichten und Beratungsbedarfe haben. In Hildesheim steht das Jumo in der Nordstadt, in Sarstedt ist es ungewiss und für Alfeld sind sie offen für Vorschläge. Das Projekt ist für eine Dauer von zwei Jahren angesetzt und alle zwei bis drei Monate wird der Standort in der jeweiligen Kommune gewechselt. Am 31.05.2023 findet die Eröffnungsfeier statt und es gibt eine Ausstrahlung im TV aufgrund der Förderrichtlinie. Im September könnte das Jumo zum Stadtfest kommen.

Frau Friedemann bedankt sich und ist von dem Projekt sehr angetan. Sie sieht die Erreichbarkeit in Alfeld, weil alle Schulformen hier vertreten sind. Der Kontakt zur Jugendpflege besteht. Die Zielgruppe wird nicht nur über TV erreicht, sondern hauptsächlich über soziale Medien. Ein Standort in netter Atmosphäre muss es sein, im Grünen, wo jeder hingehen kann.

Herr Franke findet das Projekt nicht schlecht. Er gibt aber zu bedenken, dass nur die Hälfte der Jugendlichen in der Kernstadt lebt, die andere ist auf den Ortsteilen verteilt. Auch dort sollte das Mobil stehen, auch wenn es nicht die Masse erreicht. Frau Nacci berichtet, dass sie an die Förderbedingungen gebunden sind. Daten müssen gewonnen werden und nach drei Monaten können sie hoffentlich auch die Ortsteile mitaufnehmen. Als erste Standortidee gilt die Kalandstraße vor dem Zaun beim Spielplatz, wenn es eine Genehmigung gibt oder bei Kaufland gegenüber auf dem abgesperrten Bereich. Dort ist man sichtbar. Weitere Anhaltspunkte für Standorte sollen über die ersten Jugendlichen gewonnen werden.

Herr Voit zweifelt den Standort vorm Amtsgericht etwas an. Richtung Schulrat-Habermalz Schule ist es aber gut, auch wegen der Nikulka Halle. Der Seminarparkplatz wäre ebenfalls eine Idee und der Standort beim Treff würde zeigen, wie frequentiert dieser Bereich ist. Er wünscht viel Erfolg.

Frau Fischbock findet es spannend, fragt nach den Zeiten und Sprachbarrieren und wünscht ebenfalls viel Erfolg.

Frau Nacci erklärt, dass sie in Alfeld wahrscheinlich montags wären. Über einen QR-Code würden die Zeiten angezeigt werden. Sprachliche Barrieren gibt es, aber sie werden mit Flyern in verschiedenen Sprachen überwunden, auch helfen Übersetzer und ehrenamtliche Dolmetscher sowie Stadtteilmütter/-väter.

*Pause von 18:55 bis 19:07 Uhr*

## **7. Sachstandsbericht zur Kita St. Nicolai Eimser Weg**

Herr Handelmann bedankt sich für die Einladung. Er ist seit 2010 Sachbearbeiter für den betriebswirtschaftlichen Bereich der kirchlichen Kitas. Er freut sich, dass nun endlich mit dem Neubau der Kita St. Nicolai Eimser Weg begonnen worden ist.

Herr Heinicke, der Architekt der Gesellschaft für soziale und kirchliche Bauprojekte mbH, berichtet über den Sachstand mit einer PowerPoint Präsentation. Der Neubau wird auf dem alten Spielplatz entstehen. Der städtische Spielplatz kann aber während der Bauphase genutzt werden. Da die Kita auf einem Friedhof gebaut wird, sind auch Knochen/Skelette gefunden

wurden. Ungewiss ist, wie lange es nun mit den Ausgrabungen der alten Grabstätten dauert. Die ausgegrabenen Gebeine werden noch einmal von der Kirche an einem anderen Ort bestattet. Gräberarchäologische Untersuchungen laufen und es wird auch eine kampfmitteltechnische Begleitung geben. Am 10.05.2023 kommt der Kran, für den extra Strom gelegt werden musste. Am 11.05.2023 beginnen die Erdarbeiten, die in 2,10 m Tiefe reichen. Die Straße wird halbseitig gesperrt bleiben. Die Bauleistungen sind größtenteils vergeben, Malerarbeiten kommen später. Ende September 2023 soll der Außenbau und bis Mai 2024 das gesamte Gebäude fertig gestellt sein. Danach erfolgt der Abriss des alten Bestandes und der Spielplatz wird wiederaufgebaut. Im Juli 2024 soll die Kita mit dem neuen Außengelände fertiggestellt sein.

Frau Friedemann bedankt sich und fragt nach dem barrierefreien Zugang. Dieser wird wie beim alten Bestand über den Zugang der Hildesheimer Straße/Alter Friedhof gewährleistet.

Frau Fischbock möchte wissen, was ein Fettabscheider ist. Ihr wird erklärt, dass dieser verhindert, dass das Fett mit dem Abwasser in die Kanäle gelangt und sich festsetzt.

Herr Voit fragt nach der Wärmepumpe und Photovoltaik. Beides ist bei diesem Bau aufgrund der höheren Kosten bisher nicht vorgesehen, aber es ist nachrüstbar.

Frau Friedemann wünscht viel Erfolg bei den Bauarbeiten. Die Familien und auch die Verwaltung warten auf die Fertigstellung.

## **8. Mitteilungen der Verwaltung**

Frau Holzgreve lädt zum Sommerfest der Kita Hörsumer Eulennest am 17.06.2023 von 9:30 bis 17:00 Uhr ein. Die Schulkinder werden verabschiedet und die Eröffnung der Kita mit Außengelände gefeiert. Eine schriftliche Einladung folgt.

## **9. Anfragen**

Herr Franke fragt nach dem Fahrdienst zum MVZ, über den in der Alfelder Zeitung berichtet wurde. Er möchte wissen, wie lange die Fördermittel dafür vorhanden sind und kritisiert, dass der Staat sich einmischt und Personen nur zum MVZ, nicht aber zum Hausarzt, gefahren werden. Frau Dr. Granzow antwortet, dass er sich dazu an das MVZ oder die Region direkt wenden muss.

Frau Friedemann schließt die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses um 19:37 Uhr.

Die Vorsitzende

Bürgermeister

Protokollführerin